

Motion Fraktion SP/JUSO (Margrit Stucki-Mäder, SP) vom 22. August 2002: Das Gäbelbachtal als städtisches Erholungsgebiet sichern und aufwerten; Fristverlängerung Punkt 1 und 4

Am 15. Mai 2003 hat der Stadtrat von der nachfolgenden Motion die Punkte 2 und 3 in ein Postulat umgewandelt und die Antwort gleichzeitig als Prüfungsbericht anerkannt. Die Punkte 1 und 4 wurden demgegenüber als Motion erheblich erklärt; dafür hat der Stadtrat mit SRB 280 vom 30. Juni 2005, SRB 075 vom 14. Februar 2008 sowie SRB vom 30. April 2009 Fristverlängerungen bis Ende Dezember 2010 gewährt.

„Er entspringt in der ‚Heitere‘ im Forst, durchfliesst die hügelige Kulturlandschaft zwischen Frauenkappelen und Bottigen, treibt ein Wasserkraftwerklein an und fliesst in der ‚Eymatt‘ in den Wohlensee: der Gäbelbach. Zwar wollten die Planer in den 60iger-Jahren das Gäbelbachtal mit Bauschutt und Asche aus der Kehrichtverbrennung Bern auffüllen. Erfreulicherweise kam es aber nie soweit. Heute ist das Gäbelbachtal eine wichtige Grünoase, und die Uferzonen sind teilweise mit einer Schutzzone SZa geschützt. Für viele Stadtbernerinnen und Stadtberner bildet das untere Gäbelbachtal eine wichtige Erholungslandschaft. Im Abschnitt zwischen der Riedernrainsiedlung bis zur Mündung ist der Uferweg gut ausgebaut. Der Uferweg und die einfachen Brätlistellen werden intensiv genutzt. Mit der städtebaulichen Verdichtung in Brünnen wird es nötig, schrittweise auch den Abschnitt Riedernrain – Riedbach – Rosshäusern für die Erholungssuchenden auszubauen. In der Antwort auf die Interpellation der SP/Juso-Fraktion zur Zivilschutzübungspiste Riedbach hat der Gemeinderat am 15. Mai darauf hingewiesen, dass das Projekt Hochwasserschutz Gäbelbach die Erstellung der Fuss- und Wanderwege mit den Erholungsstützpunkten beinhalten könnte. Hier sind die Planenden aufgefordert, einen vertretbaren Ausgleich der unterschiedlichen Bedürfnisse des Hochwasserschutzes mit dem Landschafts- und Naturschutz, der Naherholung und der Landwirtschaft zu finden. Nicht zuletzt wird es darum gehen, den betroffenen Landwirten Realersatz für beanspruchtes Kulturland anzubieten. Eine sinnvolle Etappierung und die gesetzlich vorgesehenen Subventionen des Kantons für den Hochwasser- und Uferschutz sowie den Bau von Wanderwegen werden die finanzielle Belastung für die Gemeinde tragbar machen.

Der Gemeinderat wird ersucht, integriert in das Projekt Hochwasserschutz Gäbelbach, dem Stadtrat eine Kreditvorlage für

1. den Landschaftsschutz für das Gäbelbachtal bzw. die Ausdehnung der Schutzzone SZa,
2. die schrittweise Aufwertung der Erholungslandschaft gemäss Richtplan Fuss- und Wanderwege (u.a. Uferweg Riedbach-Rosshäusern) mit Erholungsstützpunkten,
3. den Naturschutz bzw. die dafür notwendigen Massnahmen am Bachbett und im Uferbereich,
4. allfällige Landtausche für die betroffenen Landeigentümer

vorzulegen.“

Bern, 22. August 2002

Fraktion SP / JUSO (Margrit Stucki-Mäder); Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Christian Michel, Christof Berger, Guglielmo Grossi, Ruedi Keller, Oskar Balsiger, Marie-Louise Durrer, Andreas Zysset, Markus Lüthi, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Rosmarie Okle Zimmermann, Peter Blaser, Beat Zobrist, Michael Aebersold, Walter Christen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Ruth Rauch, Raymond Anliker, Barbara Mühlheim, Sylvia Spring Hunziker, Margaretha Klein-Meyer, Sabine Schärer

Bericht des Gemeinderats

Seit der letztmaligen Behandlung des Vorstosses im Stadtrat im April 2009 konnten verschiedene Teilschritte realisiert werden, eine gesamthafte Abschreibung der Motion ist jedoch noch nicht möglich:

Zu Punkt 4 (Landabtausch):

Voraussetzung für den allfälligen Abtausch von Landparzellen ist und bleibt das Hochwasserschutzkonzept für den Gäbelbach. Der entsprechende Wasserbauplan (Vorprojekt) wurde erstellt und ging im Herbst 2009 in die öffentliche Mitwirkung. Die Mitwirkung hat bestätigt, dass das Projekt ohne Realersatz nicht zu einem Abschluss gebracht werden kann. Dazu hat sich der Gemeinderat bereits zustimmend geäußert. Da es sich um Land aus dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik handelt, wird das Geschäft von der Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik zu beurteilen sein. Sobald die Beschlüsse zum Realersatz vorliegen, kann das Hochwasserschutzprojekt Gäbelbach weiter bearbeitet werden. Dazu wird als Nächstes eine Projektbereinigung aufgrund der Mitwirkungseingaben an die Hand genommen und anschliessend der Wasserbauplan (Bauprojekt) für die öffentliche Auflage und die Zustimmung der kantonalen Behörden sowie der Kreditantrag für den Stadtrat erarbeitet. Können alle Beschlüsse ohne Verzögerungen gefasst werden, werden die Bauarbeiten frühestens im Herbst 2013 an die Hand genommen werden können. Der Gemeinderat beantragt daher zur Erfüllung von Punkt 4 der Motion eine Fristverlängerung bis Ende 2013.

Zu Punkt 1 (Ausdehnung der Schutzzone SZa):

Der grössere Teil des Gäbelbachtals ist bereits heute durch die bestehende Schutzzone SZa geschützt. Die vom Vorstoss geforderte weitere Ausdehnung der Schutzzone war Bestandteil einer unter dem Titel *Bern West (Weilerzonen/Schutzzone/Freiflächen)* durchgeführten Teilrevision des Nutzungszonenplans der Stadt Bern. Diese Zonenplanrevision wurde am 17. Mai 2009 von den Stimmberechtigten der Stadt Bern angenommen. Dieser Punkt der Motion ist somit erfüllt und könnte an sich abgeschrieben werden. Aus verfahrensökonomischen Gründen schlägt der Gemeinderat jedoch vor, für den Moment auf eine Abschreibung zu verzichten und für beide noch offenen Punkte eine Fristverlängerung zu beantragen.

Aus den dargelegten Gründen beantragt der Gemeinderat für die Erfüllung der Punkte 1 und 4 der Motion eine Fristerstreckung bis Ende 2013. Die Verlängerung ist mit der Motionärin abgesprochen.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Margrit Stucki-Mäder, SP) vom 22. August 2002: Das Gäbelbachtal als städtisches Erholungsgebiet sichern und aufwerten; Fristverlängerung Punkt 1 und 4.

2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Punkte 1 und 4 der Motion um drei weitere Jahre, d.h. bis Ende Dezember 2013, zu.

Bern, 8. Dezember 2010

Der Gemeinderat